

# **Wettbewerb als Motor des Hochschulwesens? Eine Betrachtung aus dem Blickwinkel von Fachhochschulen**

Olaf Winkel

*In: Semester Journal 2/2007 (hrsg. von Herbert Rieger), S. 10-12.*

Die deutsche Hochschullandschaft befindet sich im Umbruch. Ziel ist dabei nicht nur die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums im Sinne der Erklärung von Bologna, sondern auch eine Steigerung der Qualität von Forschung und Lehre an den heimischen Hochschulen, die viele für im internationalen Vergleich nicht mehr konkurrenzfähig halten. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Umstellung herkömmlicher Studiengänge auf ein zweistufiges System, das es Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen erlaubt, für den gehobenen Dienst befähigende Bachelorstudiengänge und für den höheren Dienst qualifizierende Masterstudiengänge anzubieten. Ein weiteres Element der Hochschulreform ist die Aufwertung von Wettbewerb, dem Ökonomen die Fähigkeit zuschreiben, die Ressourcenallokation optimieren, Innovationsfähigkeit erhöhen, Monopolbildung verhindern und einer leistungsgerechten Einkommensverteilung Vorschub leisten zu können. Wettbewerb soll künftig nicht nur innerhalb der Hochschulen insbesondere in der Form von künstlichem Wettbewerb eine zentrale Rolle spielen, sondern auch im Verhältnis zwischen den Hochschulen in den Varianten von künstlichem und echtem Wettbewerb. Während echter Wettbewerb gemeinhin für Leistungsbereitstellung unter Konkurrenzbedingungen steht, geht es beim künstlichem Wettbewerb darum, Konkurrenzbedingungen zu simulieren, etwa indem mit Hilfe von Kennzahlen Leistungsvergleiche durchgeführt und diejenigen belohnt werden, die dabei besonders gut abschneiden.

Schwierigkeiten im Bereich des internen Wettbewerbs, wie sie etwa bei der Messung und Bewertung individueller Leistungen auftreten, finden inzwischen zunehmend Beachtung. Die Probleme, welche insbesondere echter Wettbewerb zwischen Hochschulen nach sich ziehen kann, sind dagegen bislang weitgehend unterbelichtet geblieben. Gerade sie erscheinen aber aus Sicht von Fachhochschulen besonders brisant. Denn die hierzulande angestrebte Umwandlung der Hochschullandschaft in ein System „innovativer Hochschultypen jenseits der bestehenden Einteilung in Universitäten und Fachhochschulen“, die miteinander in einen intensiven Wettbewerb treten (Lothar Zechlin, langjähriger Rektor der Universität Duisburg-Essen) stellt die Fachhochschulen vor neue Herausforderungen, die sie unter den gegebenen Voraussetzungen kaum bewältigen können. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Hochschulpolitik bei der Umstellung auf die zweistufige Studienstruktur die Tatsache vernachlässigt, dass funktionierender Wettbewerb vergleichbare Ausgangsbedingungen auf Seiten der Wettbewerber voraussetzt.

Die Ungleichbehandlung von Universitäten und Fachhochschulen beginnt schon bei der staatlichen Forschungsförderung, welche dazu tendiert, Fachhochschulbelange auszublenzen. Deutlich geworden ist dies auch bei der Ausgestaltung der Exzellenzinitiative, durch die im Zeitraum von 2005 bis 2011 1,9 Milliarden Euro in das deutsche Hochschulsystem gepumpt werden sollen. Noch weitaus problematischer wirken sich aber

abweichende strukturelle Rahmenbedingungen aus. Während die Lehrverpflichtung der Hochschullehrer an Universitäten regelmäßig acht Wochenstunden beträgt, liegt sie an Fachhochschulen bei achtzehn Stunden. Während Universitäten über einen akademischen Mittelbau zur Unterstützung der Hochschullehrer verfügen, fehlt es an Fachhochschulen zumeist an einem solchen.

Die hohe Lehrverpflichtung an Fachhochschulen, welche angesichts der Informationsexplosion in fast allen Fachgebieten schon längst nicht mehr zeitgemäß ist, geht dort häufig zu Lasten der Forschung. Ohne ein Mindestmaß an Forschung lässt sich aber weder eine hochwertige Lehre gewährleisten noch das Renommee sichern, das eine Hochschule benötigt, um Studierende anzuziehen und Arbeitgeber von der Qualität ihrer Ausbildung zu überzeugen. Dass man sich dieses Umstands in der Hochschulrektorenkonferenz und in vielen Kultusministerien durchaus bewusst ist, zeigt die Diskussion um die Einrichtung sogenannter Lehrprofessuren an Universitäten. Darin hat sich nämlich relativ schnell die Einschätzung durchgesetzt, dass eine über zwölf Semesterwochenstunden hinausgehende Lehrverpflichtung kaum sinnvoll ist, weil Hochschullehrer ausreichend Zeit benötigen, um sich in ihren Fachgebieten auf dem aktuellen Stand halten und durch Publikationen die Fähigkeit zu einer hochwertigen Lehre unter Beweis stellen zu können. Vor der Konsequenz, dieser Erkenntnis auch im Hinblick auf Fachhochschulen Geltung zu verschaffen, scheuen die Verantwortlichen aber bis heute zurück.

Die Asymmetrien in der Ausstattung der deutschen Hochschulen lassen sich auch in Geld ausdrücken. Während die jährlichen Aufwendungen für einen Studienplatz an Universitäten 7.400 Euro betragen, liegen sie an Fachhochschulen bei 4.300 Euro. Und schließlich führen spezielle hochschulpolitische Feinjustierungen dazu, dass an Fachhochschulen erworbene Bachelor- und Mastergrade trotz der nominellen Gleichstellung weniger wert sind als solche, die von Universitäten stammen.

Dies gilt schon hinsichtlich der weiteren Qualifikationsperspektiven. Ein Fachhochschulbachelor hat kein Recht auf Zugang zu einem universitären Masterstudiengang. Ob er sich dort überhaupt einschreiben darf, und wenn ja, unter welchen Bedingungen, entscheiden die Universitäten. Ebenso wenig hat ein Fachhochschulmaster Anspruch auf Zugang zu den Promotionsstudiengängen der Universitäten, die das Promotionsprivileg aller Voraussicht nach exklusiv behalten werden. Auch hier entscheiden die Universitäten über die Zulassung – und diese haben es Fachhochschulabsolventen mit entsprechenden Ambitionen schon in der Vergangenheit zumeist eher schwer gemacht.

Nicht gleichwertig sind die Abschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen auch dort, wo es um Beschäftigungsperspektiven im öffentlichen Dienst geht. Dass ein Universitätsmaster die Befähigung für eine Laufbahn im höheren Dienst besitzt, steht in traditioneller Weise außer Frage. Bei einem Fachhochschulmaster wird eine entsprechende Zulassung dagegen an die Erfüllung zusätzlicher Voraussetzungen gebunden. Für erforderlich hält man dabei nicht nur eine entsprechende Feststellung in der Akkreditierungsurkunde, sondern zumeist auch, dass die jeweils zuständige oberste Dienstbehörde die Eignung der Ausbildung für den höheren Dienst explizit anerkennt.

Angesichts der geschilderten Wettbewerbsnachteile ist nicht auszuschließen, dass es mit den Fachhochschulen von dem Augenblick an bergab gehen wird, an dem sich die heute noch primär forschungsfixierten Universitäten stärker für die Lehre und insbe-

sondere die Bachelorausbildung erwärmen. Schweben die Fachhochschulen vielleicht in der Gefahr, zum billigen Jakob der deutschen Hochschullandschaft abzusinken und eines Tages nur noch Abschlüsse anbieten zu können, die studierwillige junge Menschen und Arbeitgeber zu Recht als zweitklassig ablehnen? Diese Frage stellt sich inzwischen durchaus.

Dass bei vielen Fachhochschullehrern die Freude darüber, nun auch für den höheren Dienst qualifizierende Masterstudiengänge anbieten zu können, einer grundlegenden Skepsis gewichen ist, erscheint unter den geschilderten Umständen kaum verwunderlich. Noch vertieft wird das Unbehagen durch die Erfahrung, dass die Einführung der zweistufigen Studienstruktur erhebliche Zusatzbelastungen nach sich zieht, und durch die bange Vermutung, dass der absehbare Anstieg der Studierendenzahlen die Situation noch eskalieren lassen könnte.

Allerdings zeichnen sich in einzelnen Bereichen auch Entwicklungen ab, die den Fachhochschulen den Rücken stärken. So hat sich der Bund kürzlich dazu durchgerungen, von der Diskriminierung von Fachhochschulmastern beim Zugang zum höheren Dienst Abstand zu nehmen. Und es gibt inzwischen Anzeichen dafür, dass vielleicht auch Landesminister diesem Beispiel folgen werden. Die Hochschulpolitiker, auf die es hier entscheidend ankommt, verhalten sich gegenüber den Problemen der Fachhochschulen aber weiterhin eher indifferent. Insbesondere sind sie längst überfällige Nachbesserungen in den Bereichen der Lehrdeputate und der Ressourcenausstattung bis heute weitestgehend schuldig geblieben.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Fachhochschulen insbesondere durch die Fähigkeit, eine hochwertige Lehre mit anwendungsorientierter Forschung zu verbinden, zu einem konstituierenden Element des deutschen Hochschulwesens entwickeln können. Um ihr Potential zu erhalten, sollte ihnen eine faire Chance gegeben werden, sich im Wettbewerb zu behaupten.

*Der Autor ist Professor für Public Management mit dem Schwerpunkt Verwaltung an der FHVR Berlin.*